

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Wirtschaftsausschuss	01.09.2016

Auswirkungen des Brexit für den Wirtschaftsstandort Köln

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung um Beantwortung von Fragen bzgl. der Auswirkungen des Brexit für den Wirtschaftsstandort Köln.

Die Verwaltung nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1) Wo sieht die Verwaltung konkrete Auswirkungen des Brexit auf die Stadt Köln und wie bewertet sie diese?

Der Vertrag der Europäischen Union (EU) schreibt in Artikel 50 ein bestimmtes Verfahren für den Austritt vor. Demnach muss Großbritannien die EU zunächst über seinen Austrittswunsch offiziell informieren. Sodann sind die Briten und die EU verpflichtet, über die Einzelheiten des Austritts und ihr zukünftiges Verhältnis zur EU zu verhandeln. Aktuell wird davon ausgegangen, dass der Brexit-Antrag erst 2017 erfolgt. Die Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Köln sind daher erst mittel- bis langfristig klar erkennbar.

Folgende Negativeffekte für die Wirtschaft in Deutschland insgesamt und damit auch in Köln sind aber zu erwarten:

- Mehrkosten im Warenverkehr durch die Wiedereinführung von Zöllen, Steuern und/oder zusätzlichen Bürokratielasten
- Mögliche Handelsbeschränkungen
- Unsicherheiten bei Gewährleistungsverfolgungen
- Einbußen beim Absatz deutscher Produkte in Großbritannien
- Investitionszurückhaltung der Unternehmen

Besonders betroffen sein könnte die Automobilindustrie, die chemische und pharmazeutische Industrie – alles für die Region bedeutsame Branchen, deren Erzeugnisse von Großbritannien besonders nachgefragt werden.

Aus Sicht der Verwaltung besteht eine erhebliche Verunsicherung bei den Unternehmen. Erfahrungsgemäß steigt in deren Folge die Wahrscheinlichkeit, dass Investitionsentscheidungen aufgehoben bzw. aufgeschoben werden. Das Investitionsklima könnte belastet werden.

2) Welche Strategien verfolgt die Stadt Köln, um die Folgen des Brexit möglichst gering zu halten?

Angesichts der Tatsache, dass gerade in Köln nahezu alle international agierenden Unternehmen über direkte oder indirekte Geschäftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich verfügen, beobachtet die Verwaltung den weiteren Verlauf der Gespräche zwischen der neuen britischen Regierung und der EU-Kommission bzw. dem Europäischen Rat sehr aufmerksam.

Darüber hinaus steht die intensive Beobachtung des britischen Marktes im Fokus des Wirtschaftsdezernates, um weitere potenzielle Ansiedlungsinteressenten zu ermitteln. Vor dem Hintergrund des Brexit-Referendums und der Diskussion um Abwanderungen von Unternehmen aus Großbritannien nach Kontinentaleuropa wurden bereits erste interessante Firmen aus dem Finanz- und Projektentwicklungsbereich identifiziert und angeschrieben und auf diesem Wege für den Wirtschaftsstandort Köln geworben. Diese individuelle Firmenakquise wird kontinuierlich weiter verfolgt, insbesondere stehen hier auch Unternehmen der Versicherungswirtschaft im Fokus.

Das Wirtschaftsdezernat steht darüber hinaus im Austausch mit Wirtschaftsakteuren, die über entsprechende Expertise und Verbindungen zu Großbritannien verfügen. Auch der Wirtschaftsminister des Landes NRW wurde angesprochen und gebeten für den Wirtschaftsstandort Köln bei seinen Gesprächen aktiv zu werben.

Ziel ist es, gemeinsam die gezielte Akquise internationaler Firmen, denen die Erschließung des europäischen Marktes von Großbritannien zukünftig erschwert sein dürfte, weiter zu forcieren.

Außerdem wird derzeit die Ansprache der hier ansässigen britischen Niederlassungen vorbereitet, auch vor dem Hintergrund, dass die Ergebnisse der jüngsten DIHK-Blitzumfrage hier auf mögliche Investitionssteigerungen hinweisen (s.u.). Allein im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Köln (IHK Köln) sind insgesamt 231 Unternehmen ansässig, die im Mehrheitsbesitz von Investoren aus dem Vereinigten Königreich sind. Hier ist das Wirtschaftsdezernat bereits im Gespräch mit der IHK Köln.

3) Wie wird die Stadt Köln der Streichung von Arbeitsplätzen und dem Wegzug von Firmen vorbeugen?

Da die tatsächlichen Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt letztendlich von den Ergebnissen der Austrittsverhandlungen bestimmt werden, ist eine exakte Beantwortung dieser Frage zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig.

Derzeit lässt sich allerdings beobachten, dass britische Unternehmen eher die Verlagerung von Geschäftsaktivitäten aus Großbritannien nach Kontinentaleuropa planen als umgekehrt. Sie wollen den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt nicht verlieren; fast die Hälfte der britischen Exporte gehen in die EU, die Briten nehmen nicht mal zehn Prozent der EU-Exporte ab.

Die Verschiebung von Geschäftsschwerpunkten zeigt sich auch bei den in Deutschland ansässigen britischen Niederlassungen. Sie planen laut der jüngsten bundesweiten IHK-Befragung nicht nur mehr in Deutschland zu investieren (21 Prozent), sondern auch die Zahl der Beschäftigten zu steigern (25 Prozent).

Ein ähnliches Bild zeichnet das aktuelle Ifo-Beschäftigungsbarometer bei den deutschen Unternehmen. Danach stieg der Index leicht auf 108,1 Punkte. In der Industrie blieb das Barometer unverändert leicht expansiv ausgerichtet. Insbesondere die Konsumgüterproduzenten, die Bauwirtschaft sowie der Dienstleistungssektor wollen mehr Beschäftigte einstellen. Lediglich im Handel gab das Barometer etwas nach.

Selbst die deutsche Automobilindustrie – die so stark wie kein anderer deutscher Wirtschaftszweig mit dem nun aus der EU ausscheidenden Großbritannien verbunden ist – bleibt nach dem Brexit-Votum der Briten noch relativ ruhig. Dass es Folgen geben wird, ist unbestritten. Die Hersteller bleiben aber mit ihren Aussagen noch sehr vage. Die Kölner Ford-Werke beispielsweise, die allein im vergangenen Jahr 142.000 Kleinwagen der Modellreihe Fiesta nach Großbritannien verkauft haben und aus den britischen Produktionsstätten des Konzerns Motoren und andere Bauteile beziehen, wollen die weitere Entwicklung erst beobachten und sehen derzeit noch keinen Handlungsbedarf.

Auch der drohende Wegfall der Freizügigkeit für britische Arbeitnehmer dürfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum ins Gewicht fallen. In Deutschland arbeiten lediglich rund 35.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit britischer Staatsangehörigkeit – das sind nur 1 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer und damit weniger als 0,1 Prozent aller Beschäftigten. In Köln sind zirka 2.100 Einwohner aus dem Vereinigten Königreich gemeldet.

4) Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Köln, um möglicherweise sogar Unternehmen im Stadtgebiet anzusiedeln, die aufgrund des Brexit auf der Suche nach einem neuen Standort sind.

Ergänzend zur direkten Firmenansprache (s.o.) prüft bzw. bereitet die Verwaltung aktuell folgende Maßnahmen vor:

- Einrichtung eines entsprechenden Länder-Desks im Amt für Wirtschaftsförderung und Schalten einer Hotline mit englischer Nummer für Unternehmen mit Ansiedlungsinteresse
- Durchführen einer Road-Show mit Standortpräsentationen in London und möglicherweise weiteren ausgewählten Städten in Großbritannien
- Neuentwicklung von Informationsangeboten (z.B. zusätzliche zielgruppen-spezifische Internetseite)
- Teilnahme an Messen und Veranstaltungen in Großbritannien
- Kaltaquisation von britischen Unternehmen, die einen neuen Standort in der EU suchen
- Anzeigenkampagnen

Für die Durchführung konkreter Marketingmaßnahmen wie Road-Shows, Messe- und Veranstaltungsbeteiligungen, Erstellung von Akquise-Verteilern etc. strebt das Wirtschaftsdezernat die enge Kooperation mit Koelnmesse, KölnTourismus, institutionellen Partnern, ausgewählten Wirtschaftsbotschaftern, Kölner Firmen mit engem wirtschaftlichen Bezug zu Großbritannien und Auslandsvertretungen des Vereinigten Königreichs in Deutschland an.

Im Übrigen wird das Wirtschaftsdezernat seine Aktivitäten zur direkten Ansprache von britischen Firmen mit möglichem Ansiedlungsinteresse sukzessive weiter ausbauen.

gez. Berg